

Die falsche Adresse

Zentrum/Bürgerbündnis und die Schuldebatte

VON HUBERT KREKE

Wie man aus einer Mücke einen Elefanten macht, exerziert die Fraktion Zentrum/Bürgerbündnis gerade mustergültig vor. Damit wirklich jeder zu Wort kommt, sollen sämtliche allgemeinbildenden Schulen Cloppenburgs mit den Politikern über „sozialpädagogische Aspekte“ der Kriminalität an den Schulen debattieren. Wozu? Die Polizei hat im Fachausschuss (auch den gewählten Schulvertretern) nachvollziehbar erklärt, warum sie kein Kriminalitätsproblem erkennen kann. An jeder der 144 Schulen im Oldenburger Münsterland ereignen sich im Durchschnitt nur 1,625 Straftaten jährlich. Vor neun Jahren waren es noch 3,16. Seitdem sind die Schulsozialarbeit und die Kooperation mit der Polizei deutlich ausgebaut worden. Kein Wunder also, dass der Stadtrat keinen Entscheidungsbedarf sah und den Spontanantrag des Bürgerbündnisses jüngst mit 21 zu 11 Stimmen ablehnte. Aber Dr. Hermann Bergmann lässt nicht locker und hat nun seine Fraktion mobili-

siert, die dasselbe noch einmal fordert. Dabei stört sich der Gymnasiallehrer eigentlich nur daran, dass die Landesregierung Lehrer und Direktoren dazu zwingt, jede Straftat in ihrem Verantwortungsbereich anzuzeigen. Damit werde der „pädagogische Freiraum eingeschränkt“, beklagte der Ratsherr. Mehr noch: Die Schule werde zum Helfer der Strafverfolgung. Eine einsame Sicht. Denn Schule kann keinen rechtsfreien Raum bilden, wo Lehrer oder Konferenzen in pädagogischer Allmacht über die Konsequenzen einer Straftat im Alleingang urteilen.

Im Übrigen haben sich Bergmann und seine Mitstreiter komplett mit der politischen Zuständigkeit vertan. Denn ihr Antrag zielt erkennbar auf das Kultusministerium, das die Anzeigepflicht verlängert hat. Der Stadtrat hat damit jedoch gar nichts zu tun. Es sei denn, ihn gelüstet nach einer pädagogischen Plauderstunde ohne jede Relevanz. Schade um das Sitzungsgeld. Dabei hatte sich gerade das Bürgerbündnis über die Kostenerstattung für Ratsmitglieder erregt.